

An die  
Bezirksbauernkammer Amstetten  
z.H. Hr. Obmann Josef Aigner und  
Kammersekretär Mag. Bernhard Ratzinger  
Kasper-Brunner Strasse 18  
3300 Amstetten  
St.Peter/Au, 26.10.2020

**Dringlichkeits- Anträge zur Vollversammlung der BBK Amstetten  
am 29.10. 2020**

## **Antrag 1: Faire Spielregeln für unsere Land- und Forstwirtschaft**

Die Situation für unsere Waldbauern und Forstbetriebe ist unerträglich. Während die Verarbeitungsbetriebe (Säge- und Papierindustrie) mit schrankenlos mit ausländischem Holz beliefert werden, bleiben unsere Bauern auf ihrem Holz – vor den Toren der genannten Verarbeiter - sitzen. Man predigt in unzähligen Ansprachen den Klimaschutz und schaut gleichzeitig zu, wie unser Holz im Wald liegen bleibt und ausländisches Holz auf der Straße wie auf der Schiene klimaschädigend herangekarrt wird.

Die Vollversammlung der BBK AMSTETTEN fordert die Bundesministerin für Landwirtschaft und Tourismus und die Bundesregierung auf, solch wirksamen Maßnahmen zu setzen wie Rahmenbedingungen zu gestalten, die den heimischen Waldbesitzer stärken und so eine wirtschaftliche Chance geben sowie gleichzeitig das Klima schützen. Derzeit verdienen sich die Verarbeiter auf Kosten der heimischen Wald- und Forstbesitzer eine goldene Nase.

Folgende Mechanismen/Spielregeln braucht es aus der Sicht des UBV, damit die Forst- und Holzwirte eine ökonomische Zukunft haben:

- Importstopp bei Überschreiten von vorgegebenen Mengen
- Anpassung der Einheitswerte (die ungerechtfertigten politisch motivierten Erhöhungen sind zurück zu nehmen)
- Entwicklung einer unabhängige Holzklassifizierung
- Anpassung der Einspeisetarife KWK auf ökonomisch notwendige Tarife
- Bei allen Bauprojekten zum Beispiel, Althausanierung, Wohnbau, Wirtschafts – Industriebauten, landwirtschaftliche und Öffentliche Bauten welche mit dem Geld der österreichischen Steuerzahler finanziert werden bzw. gefördert werden, muss zertifiziertes österreichisches Holz verwendet werden. Ansonsten gibt es keine Investitions-Förderung durch die öffentliche Hand.

## Antrag 2: Kostenübernahme für elektronische Ohrmarken

Die Einführung der elektronischen Ohrmarken ist nicht im Interesse der Rinderhalter. Die Landwirte haben dadurch keinen praktischen Nutzen, sondern nur Mehrkosten und einen Mehraufwand.

Die Vollversammlung der BBK AMSTETTEN fordert die Bundesregierung auf, die Mehrkosten der Ohrmarken zu übernehmen oder eine Rückstellung auf die bisherige Praxis der Ohrmarken/Rinderkennzeichnung durchzuführen.

## Antrag 3: Unverwechselbare Produkt Herkunfts-Kennzeichnung

Nicht zuletzt durch die Corona-Krise wurde sichtbar, wie wichtig eine regionale bzw. nationale Lebensmittelversorgungssicherheit ist. Viele begrüßenswerte Initiativen und Bekenntnisse zu regional erzeugten Lebensmitteln - und der damit einher gehenden Versorgung auf der Basis unserer hohen Qualitätsstandards - hat es dazu in den letzten Wochen und Monaten gegeben.

### Was fehlt ist nach wie vor eine echte Produkt Herkunfts-Kennzeichnung.

Das gilt einerseits für den Lebensmittelhandel (LEH) wie andererseits für die Gastronomie oder den Bereich der Großküchen (Krankenanstalten, Alten- und Pflegeeinrichtungen, Kasernen) usw. Angesichts dieser Rahmenbedingungen muss es doch möglich sein, auch endlich die bereits oftmals geforderte verpflichtende Herkunftskennzeichnung im Gesetz zu verankern.

Der Konsument muss die Möglichkeit haben, auf der Basis einer echten Lebensmittel – Herkunftskennzeichnung seine Kaufentscheidung zu treffen. Zudem muss der Bevölkerung noch mehr bewusstgemacht werden, dass heimische Lebensmittel von höchster Qualität - erzeugt unter Einhaltung von höchsten Tierschutzstandards nicht zum Schleuderpreis erhältlich sind.

Die Vollversammlung der BBK AMSTETTEN fordert dazu die Bundesregierung, den Sozialminister und die Landwirtschaftsministerin sowie den Nationalrat auf, eine echte, unverwechselbare Produkt Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln umzusetzen.

Das hat für den Lebensmittelhandel wie für die Gastronomie zu gelten. Die Kennzeichnung muss so gestaltet sein, dass eine Verwechslung ausgeschlossen wird. Zudem fordern wir den Stopp des freien Warenverkehrs bei Lebensmittel ohne Kontrolle. Die aktuell geltende Praxis öffnet dem Betrug Tür und Tor.

## Antrag 4: Reduktion der Bürokratie um 50% & nur mehr 1 MFA je Periode

Vor der Wahl wird viel versprochen- was im Zusammenhang mit dem Bürokratieabbau alles umgesetzt wird. Die gelebte Praxis ist, dass wir nach den Wahlen stets mehr Bürokratie serviert bekommen. Das erstaunliche dabei ist, dass die Bürokratie vor allem in Österreich erfunden wird. Also von Damen und Herren, die vom Geld der Bauern bezahlt werden. Der aktuelle bürokratische Aufwand ist in keinem Verhältnis mehr zur Notwendigkeit und vielfach eine reine Schikane der Land- und Forstwirte.

Die Vollversammlung der BBK Amstetten fordert die Landwirtschaftsministerin Köstinger sowie die ihr zugordnete Behörden (AMA) auf, die Flut der bürokratischen Notwendigkeiten um 50% zu reduzieren. Dies hat in enger Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftskammern unter Einbindung der betroffenen Bauern zu erfolgen.

Das wichtigste Ergebnis muss sein, dass man je Periode nur mehr einen Mehrfachantrag (MFA) stellen muss. Sollte es aus betrieblichen Notwendigkeiten einer Änderung bedürfen, dann muss dies unkompliziert ergänzt oder korrigiert werden können.

Dazu fordert die Vollversammlung der BBK Amstetten die Bundesministerin für Land- und Forstwirtschaft auf, die bisherige Regelung der Verträge – wonach bei Fehlern immer der Antragsteller haftet sofort zu ändern. Aktuell sind die Land- und Forstwirte gezwungen, sittenwidrige Verträge zu zeichnen. Nirgends auf der Welt unterschreibt man blanko einen Vertrag, der bei Fehlern automatisch den Antragsteller haftbar macht und alle anderen aus der Verantwortung nimmt. Diese Praxis ist sofort zu ändern!

## Antrag 5: GAP- es braucht neue Wege in der Agrarpolitik

Die aktuelle GAP bedeutet in der Praxis: 10% der Betriebe kassieren 60% der Gelder. 90%!!!! und damit der Rest der Betriebe in der EU bekommen 40%. Das aktuelle GAP Modell ist in der Form ein Programm für die Vernichtung der bäuerlichen Betriebe zu Gunsten der Agrar- und Finanzkonzerne.

Während die Betriebsmittel jedes Jahr steigen und teurer werden, sinken die Erzeuger Preise. Unsere Vertretung sieht bei diesem Modell der Vernichtung der kleinbäuerlichen wie bäuerlichen Betriebe schweigend zu. Wir haben seit dem EU Beitritt mehr oder weniger in allen Sparten einen Kaufkraftverlust bis zu 90 Prozent oder mehr.

Während jede andere Branche jährlich zumindest die Inflation abgegolten hat und damit notwendige höhere Einnahmen erwirtschaftet, wird es bei den Land- und Forstwirten immer weniger. Seit dem EU-Beitritt hatten wir eine Inflation von rund 54,5 %. Unsere Erzeugerpreise sind aber anstatt gestiegen – gesunken. (Siehe Beilage Entwicklung und Kaufkraftverlust am Beispiel Milch)

# Unabhängiger Bauernverband



4

Die Ausgleichszahlungen sind vielfach nicht einmal mehr der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die Land- und Forstwirtschaft in Österreich steht wirtschaftlich vor dem Ruin oder hat die Stall- und Hof Tore schon für immer geschlossen.

Der Hauptgrund war und ist die ökonomisch untragbare Situation. Die Einnahmen decken seit Jahren weder den Aufwand, geschweige denn verdient man Geld. Investitionen sind nur mehr durch teure Kredite, außerlandwirtschaftlich verdientes Geld, kostenlose Arbeitskräfte oder durch den Verkauf von Grundstücken möglich. Die Land- und Forstwirte leben also praktisch nur mehr von ihrer Substanz. Das gibt es in keiner anderen Branche. Die Land- und Forstwirtschaft braucht 2 bis 3 Mal mehr an Einnahmen im Jahr, als dies derzeit der Fall ist.

## **Der UBV hat konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt, z.B. Was ist 1 ha Kulturland wert?**

Es soll 4x im Jahr die Leistung, welche die Land- und Forstwirtschaft derzeit kostenlos erbringt, bezahlt werden. Wir laden herzlich ein, diese Überlegungen zu unterstützen. Das Ziel ist es vorgeschlagene Richtsätze – gestärkt durch eure Ideen – an die Bundesregierung zu überreichen.

Die Vollversammlung der BBK AMSTETTEN fordert die Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger auf, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Ausarbeitung und Festlegung der neuen GAP Spielregeln ALLE in der Landwirtschaftskammer (Österreichweit) vertretenen Fraktionen eingebunden werden. Dazu fordert die Vollversammlung die Bundesregierung auf, für die GAP solch neue Wege zu definieren und solche Spielregeln zu gestalten, die den Land- und Forstwirten wieder ökonomische Perspektiven geben. Es ist höchst an der Zeit, die aktuelle GAP komplett zu erneuern und neu auszurichten.

## **Antrag 6: Nein zum geplanten Mercosur – Abkommen**

Es ist eigenartig und unverständlich, dass der Vizepräsident der EU Kommission, der ÖVP EU-Abgeordnete Othmar Karas für MERCOSUR stimmte und sich die meisten VP Abgeordneten sich der Stimme enthalten haben. MEP DI Alexander Bernhuber sowie MEP Simone Schmiedtbauer (beide MEP der ÖVP) stimmten gegen eine Ratifizierung der aktuellen MERCOSUR Verhandlungs-Vorlage.

Die ÖVP Linie scheint so: in Österreich dagegen, in Brüssel dafür. Das war schon beim geplanten TTIP Abkommen so wie später beim CETA Abkommen. Bauernvertreter sollten die Interessen der unsere Bauern und nicht jene der Industrie vertreten!

Die Vollversammlung der BBK AMSTETTEN fordert dazu alle Fraktionen der EU-Abgeordneten aus Österreich in Brüssel auf, Abstimmungen über das Mercosur Abkommen **einstimmig** abzulehnen und sich nicht - wie im aktuellen Fall ihrer Stimmen zu enthalten.

ANSPRECHPARTNER: **Herbert Hochwallner, LKR LK NÖ, KR BBK AM**  
Mobil: 0664/516100, Mail: herbert.hochwallner@kt-net.at

26.10.2020



## Antrag 7: Übernahme der SV Beiträge für 2020 durch die öffentliche Hand aus dem Nothilfefond

5

Die wirtschaftliche Lage der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist seit Jahren mehr als angespannt. Die ungerechtfertigte – ausschließlich politisch motivierte Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge – hat den Land- und Forstwirten zusätzliche finanzielle Hürden auferlegt.

Abgesehen davon, dass es eigentlich ein besonderer Treppenwitz ist, dass man bei weniger Einkommen mehr Steuern zahlen muss. Das gibt es nur in der Land- und Forstwirtschaft, verordnet und beschlossen von der eigenen Vertretung (alle Kammerpräsidenten haben dies seinerzeit beschlossen).

Dabei hat man von einer Erhöhung von maximal 10% gesprochen. In der Praxis waren es dann 20%!! Tausende Land- und Forstwirte zahlen deshalb mehr Abgaben – bis zu 100% und mehr, wobei insbesondere die kleineren Betriebe Strukturen zudem stärker zur Kasse gebeten werden.

Die aktuelle Corona-Krise und die damit verordneten Maßnahmen trifft die Land- und Forstwirtschaft besonders hart. Die Erzeugerpreise sind mehr denn je unter Druck, egal ob beim Fleisch, bei der Milch oder beim Holz.

Die Bundesregierung hat allen Branchen die volle Unterstützung zugesagt. Bundeskanzler Kurz und die Mitglieder der Bundesregierung haben mehrfach betont, koste es was es wolle. Nun, es ist notwendig, dass man den Land- und Forstwirten massiv unter die Arme greift und sie dementsprechend stärkt.

Die als Millionengabe gepriesene Erleichterung der sozialen Abgaben um rund 7,2 Millionen Euro ist dabei nicht das angestrebte Ziel. Dieser angepriesenen Millionenregen bedeutet je Betrieb (gerechnet auf 160.000 Betriebe) eine Erleichterung im Schnitt von 45 Euro. Damit kann man nicht einmal für eine Familie im Lebensmittelhandel ordentlich einkaufen. Das ist – eigentlich eine Pflanzerei der Land- und Forstwirte.

Es muss gelten:

Die Vollversammlung der BBK AMSTETTEN fordert die Bundesregierung – namentlich das Landwirtschaftsministerium und das Sozialministerium auf, für das Jahr 2020 die Beiträge zur bäuerlichen Sozialversicherung aus dem Nothilfefond zu übernehmen und zu zahlen. Das wäre für viele Betriebe eine rasche, unbürokratische Unterstützung, die man auch als echte, nicht rückzahlbare Investitionsförderung deklarieren kann.

## Antrag 8: Verschiebung des geplanten Parkplatz Neubau

Die BK Amstetten plant einen Neubau bzw. eine Erweiterung des Parkraums.

6

Dazu gibt es folgende Fragestellungen:

- Braucht es aktuell einen größeren Parkplatz?
- Aktuell sind wir nicht einmal in der Lage, in der Kammer eine Vollversammlung durchzuführen
- Dazu stellt sich die Frage: Wie hoch ist wann die Besucherfrequenz?
- Unter welchen Gesichtspunkten wurde diese geplant – sprich wann und wie sollen die dafür notwendigen Kosten aufgebracht werden?
- Die Errichtung wird mit Kammermitteln geplant, d.h. es ist konkret Bauerngeld.
- Als Funktionäre der Bezirksbauernkammer Amstetten sind wir verpflichtet, mit der Gebarung – den Bauerngeldern aus der Kammerumlage - wirtschaftlich, zweckmäßig und sparsam umzugehen

Die COVID 19 Pandemie zeigt, dass sich an einem Ort nur eine begrenzte Zahl an Menschen aufhalten dürfen. Der aktuelle Bedarf ist also mehr wie ausreichend gedeckt.

### **Die UBV Fraktion in der BBK Amstetten stellt folgenden Antrag an die Bezirksbauernkammer Amstetten:**

Die Vollversammlung der BBK Amstetten beschließt die Aussetzung bzw. ein Zurückstellen des Neubaus des geplanten Parkplatzes bis nach dem Ende COVID 19 Pandemie. Dann soll eine erneute Prüfung die Notwendigkeit sowie die Wirtschaftlichkeit und die Zweckmäßigkeit erfolgen. Auf der Basis dieses Ergebnisses sollte dann nach der COVID 19 Pandemie das Thema wieder auf die Tagesordnung. Zudem wird der Hauptausschuss aufgefordert, die Vergabe von Aufträgen rund um das Projekt einzustellen, bis die Prüfung der Situation nach einer Normalisierung rund um die COVID 19 Krise möglich ist.